

Jörg Sommer, Michael Müller

Repräsentative Demokratie und Bürgerbeteiligung

Die Institutionen unserer repräsentativen Demokratie haben an Gestaltungskraft verloren. Mehr Partizipation durch Bürgerbeteiligung und direktdemokratische Teilhabe wird von manchen als zusätzliche Bedrohung empfunden. Dabei ist mehr Partizipation durchaus geeignet, unsere repräsentative Demokratie robuster und zukunftsfähiger werden zu lassen.

Gesellschaften verändern sich. Die moderne Gesellschaft ist durch einen radikalen Bruch mit der Tradition entstanden. Seit der Industriellen Revolution erzeugt die Dynamik des technischen Fortschritts und wirtschaftlichen Wachstums, so der französische Sozialwissenschaftler Alain Touraine, eine permanente „Selbstproduktion der Gesellschaft“ (Touraine 1972). Entscheidend ist, ob der Entfaltung der technisch-ökonomischen Produktivkräfte und ihren Folgen (Rationalisierung, Ausdifferenzierung, Arbeitsteilung und Internationalisierung) ein politischer Rahmen gesetzt wird, der Wirtschaft und Gesellschaft sozial – und heute auch ökologisch – gestaltet (Berger 1986).

Grenzen nationaler
Demokratien

In den letzten Jahrzehnten kam es mit Hilfe des Wohlfahrtsstaates zu sozialen Garantieleistungen, die zur Grundlage einer stabilen und gefestigten Demokratie wurden. Heute, angesichts der Globalisierung der Märkte, der Digitalisierung der Welt und der ökologischen Grenzen des Wachstums, gerät diese Form der nationalstaatlichen Demokratie an Grenzen. Der Wirkungsraum der Wirtschaft hat sich immer mehr erweitert, während die Demokratie auf ideologische, institutionelle und nationalstaatliche Barrieren stößt.

Ob demokratische Gemeinwesen oder autokratische Diktaturen, nur selten hatten sie unverändert über viele Generationen Bestand.

Im Gegenteil: Stillstand bedeutete nur allzu häufig den Anfang vom Ende. Immer wieder wurden Gesellschaften, die über einen langen Zeitraum keine Veränderungen zuließen, instabil, von Gegenbewegungen delegitimiert und von Umwälzungen mit revolutionärem Charakter hinweggefegt.

Erfolgsmodell Demokratie: Jung, erfolgreich und gefährdet

Unser gesellschaftliches Modell, die repräsentative Demokratie, ist historisch eher jung. Ein Vorläufer war die attische Demokratie, die sich im 5. Jahrhundert vor Christus entfalten konnte. Es war die Zeit der größten Machtentfaltung Athens. Die attische Demokratie war eine auf das Prinzip der Volkssouveränität aufgebaute politische Ordnung. Dieser Verfassungstypus war ein direktdemokratisches Modell, das allerdings nur einem Teil der Bevölkerung Attikas das Recht auf Partizipation an politischen Entscheidungen gab.

Obwohl global die repräsentative Demokratie in den vergangenen zwei Generationen das Modell mit der größten Attraktivität in zahlreichen unterschiedlichen Nuancen und Ausprägungen war, ist es auch ein Modell, das erkennbar an Grenzen stößt. Auf den ersten Blick erscheint es paradox, von Auszehrungserscheinungen in den klassischen Demokratien des Westens zu sprechen, denn seit dem historischen Jahr 1989, in dem es zum Zusammenbruch der zweigeteilten Welt kam, ist die Zahl der Länder, in denen demokratische Wahlen stattfinden, stark angestiegen.

Allerdings müssen wir feststellen, dass eine Ausweitung demokratischer Systeme durchaus mit einer Delegitimierung demokratischer Willensbildung und mit einem autoritären Populismus verbunden sein kann. Wolfgang Merkel, Direktor am Wissenschaftszentrum Berlin, spricht von „defekter Demokratie“ (Merkel et al. 2003). Aktuell erleben wir in vielen demokratischen Gesellschaften Rückschritte bei vermeintlichen Standards wie fairen Wahlen, Oppositionsrechte, Transparenz, Pressefreiheit, Rechtssicherheit oder Gewaltenteilung. Die Bertelsmann-Stiftung analysiert und

Demokratische
Standards unter
Druck

vergleicht seit 2003 in ihrem so genannten Transformationsindex (Bertelsmann-Stiftung 2016) weltweit demokratische Entwicklungen. Sie sieht die demokratische Kultur seit rund fünf Jahren tendenziell auf dem Rückzug.

Parteien verlieren
Bindungskraft

Auch in Deutschland hat aus unterschiedlichen Gründen eine Entfremdung zwischen der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie und der Bürgerschaft zugenommen. Die klassischen Volksparteien verlieren an Bindungskraft, die Wahlbeteiligung ist rückläufig, das Vertrauen in die Regelungskraft der Politik sinkt. Während repräsentative Systeme in der Kritik stehen, findet die Forderung nach Formen direkter Demokratie und plebiszitären Elementen wachsende Zustimmung (Kleinert 2012). Hinzu kommen neue autoritär-nationalistische Bewegungen, die sich als Parteien formieren, wie in unserem Land die sogenannte Alternative für Deutschland (AfD), die mit Vorurteilen, Ausgrenzungen und des Abstreitens unbequemer Fakten Stimmungen gegen eine rationale Willensbildung betreibt. In den Medien wird dieses Vorgehen als „Populismus“ hingestellt, tatsächlich ist es aber ein Angriff auf die Prinzipien der Demokratie.

Politischer Autismus

Der Befund in den meisten europäischen Ländern ist ähnlich: Überall wird es schwieriger, zu einem stabilen Konsens und zu dauerhaftem Vertrauen zu kommen. Das destabilisiert wichtige gesellschaftliche Grundprinzipien wie Diskurs sowie Komprissfähigkeit und -bereitschaft. Sie aber sind unverzichtbar für eine lebendige Demokratie.

Politik wird
zunehmend reaktiv

In der Folge wird die zentrale Aufgabe der Politik massiv erschwert, nämlich eine gemeinwohlorientierte Perspektive für die weitere Zukunft zu entwickeln. Aber auch die Parteien passen sich kurzfristigen, auch nationalistischen Stimmungen an. Politik reagiert immer häufiger statt politische Projekte zu entwickeln und dafür einzutreten. Alles das wiederum schwächt die Politik in einer Weise, dass Politikverdrossenheit zunimmt. Beobachter sprechen von

einem „politischen Autismus“. Gemeint ist damit eine sich längerfristig aufbauende Entwicklungsstörung in der Demokratie durch die Entbindung des Einzelnen aus gesellschaftlichen Bindungen, den Verlust an Orientierung und die Schwächung kollektiver Verantwortung.

Nach Auffassung des Soziologen Ralf Dahrendorf (in seiner Studie „Lebenschancen“) sind die modernen Gesellschaften von einer Zunahme von Optionen (also Möglichkeiten) und einem gleichzeitigen Verlust an Ligaturen (also Bindungen) gekennzeichnet. Aber ohne soziale und kulturelle Bindungen ist gesellschaftliches Leben nicht möglich. Ligaturen sind „tiefe kulturelle Bindungen, die Menschen in die Lage versetzen, ihren Weg durch die Welt der Optionen zu finden.“ Ohne sie geht „am Ende nichts mehr, und alles wird gleichgültig, damit gleichgültig“. Für diesen politischen Autismus gibt es mehrere Ursachen:

Mehr Optionen,
weniger Bindungen

- Wahrnehmungen in Gesellschaft und Politik werden immer häufiger auf ein Ereignis reduziert, ohne Ursachen und Zusammenhänge zu sehen. Politischer Autismus tendiert zu Negativabgrenzungen, selektiven Überhöhungen und expressiver Symbolik.
- Die Ökonomisierung/Kommerzialisierung aller gesellschaftlichen Bereiche macht die Welt nur scheinbar vielfältiger und bunter, tatsächlich wird sie gleicher, kommerzieller und schneller, wobei die Nutzung von Optionen stark vom finanziellen Status abhängig ist.
- Die auf Chancengleichheit zielende Korrekturkraft des öffentlichen Sektors und der traditionellen Verteilungspolitik gerät angesichts offener Märkte an Grenzen.
- Die Freiheit des Einzelnen wird den Zugangsbedingungen der Warenwelt unterworfen. Die vorherrschenden Trends sind überwiegend auf die obere Mittelschicht ausgerichtet. Dadurch werden Vorgaben in Konsum, Kultur oder Architektur geschaffen, die von den Gesetzen kaufkräftiger Märkte be-

stimmt werden (Koolhaas 1995). Die moderne Welt wird, wie der niederländische Architekt Rem Koolhaas sie beschreibt, wie der moderne Flughafen, überall gleich, bestimmt von wenigen Trendmachern.

- Ein weiteres Phänomen liegt in einer „permanenten Gegenwart“, in der die Menschen immer häufiger leben. Dadurch schwindet die Fähigkeit, Ursachen zu erkennen, Erfahrungen nutzbar zu machen und längerfristige Perspektiven zu entwickeln (Hobsbawm 1995).
- Eine weitere Ursache sieht der amerikanische Sozialwissenschaftler Quentin Skinner in einem „Cordon of rights“, den vor allem in der Mitte der Gesellschaft der Einzelne um sich bildet. Eigene Interessen werden über das Gemeinwohl gestellt. Das sei die „Paradoxie eines falsch verstandenen Liberalismus“ oder eine „Absenzdemokratie“ (Skinner 1998).

Dieser politische Autismus gefährdet den Zusammenhalt, die Vertrauensbildung und die Gestaltungsfähigkeit in unserer Gesellschaft. Eine funktionierende Demokratie erfordert nämlich, Zusammenhänge zu verstehen und soziale Verantwortung zu übernehmen. Die Grundlagen dafür sind Diskurs, Vertrauensbildung und Verständigung. Nur dann wird gemeinsames Handeln möglich.

Funktionsverlust der repräsentativen Demokratie

Teilhabe jenseits
von Wahlen

Es ist nicht zu übersehen, dass Demokratiemodelle wie sie z. B. Joseph Schumpeter (1950) formulierte, an Grenzen ihrer Gestaltungsfähigkeit geraten. Für Schumpeter konzentrierte sich demokratische Teilhabe allein auf die Durchführung von Wahlen – die er neben der Wahl der bestmöglichen Kandidaten vor allem als Kontrollfunktion durch drohende Abwahl verstanden hat. Konsequenterweise ist für Schumpeter die Höhe der Wahlbeteiligung nicht weiter relevant und andere Formen der Teilhabe sind überflüssig, da die bestmöglichen Gewählten auch die bestmöglichen Entscheidungen trafen. Diese Reduktion der demokratischen Kultur auf

Wahlen wird heute in der Wissenschaft, aber auch in der Gesellschaft zunehmend kritisch gesehen.

„Selbst freie Wahlen scheinen nicht mehr in der Lage zu sein, befriedigende und dauerhafte Lösungen zu bieten“, so das Fazit Ralf Dahrendorfs (Dahrendorf 2002, S. 8) über die Bedrohungen der Demokratie, die er in zehn Punkten skizziert. Der wichtigste Punkt ist: „Viele relevante Entscheidungen sind in andere politische Räume ausgewandert und haben sich in Dimensionen verlagert, die über den Nationalstaat hinausgehen“ (Dahrendorf 2002, S. 113).

Zwei Begründungen stehen im Vordergrund: erstens der partielle Verlust der Souveränität der nationalstaatlich verfassten Demokratien durch die Globalisierung und Europäisierung, der die Steuerungskompetenz der repräsentativen Institutionen geschwächt hat (Habermas 1998). Zweitens wachsende Legitimationsprobleme als Folge einer veränderten Struktur von Öffentlichkeit insbesondere durch die „Mediokratie“ (Meyer 2001).

Vor diesem Hintergrund sinkt das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der repräsentativen Demokratie. Das belegen zahlreiche Untersuchungen. Generell haben das Ansehen der Parlamente und die Zustimmung der Bürger zu den Parteien abgenommen. Rückläufige Wahlbeteiligungen und Mitgliederzahlen in den Volksparteien lassen politische Erosionsprozesse erkennen. Generell ist das Misstrauen gegenüber der Politik gewachsen – sowohl gegenüber dem Stillstand als auch bezüglich der Angebote, die sie macht (Scheer 1995, S. 91-112).

Es wird bereits von einem Wendepunkt in der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie gesprochen. Der englische Politikwissenschaftler Colin Crouch hat das in dem Begriff der „Postdemokratie“ zusammengefasst, weil wir „Zeuge einer grundlegenden Veränderung werden, im Zuge derer viele Errungenschaften des 20. Jahrhunderts rückgängig gemacht werden könnten“ (Crouch 2008). Danach würde das repräsentative System zwar formal durchaus funktionieren, hätte aber seine Macht längst an supranationale Institutionen und Akteure abgegeben. Anders gesagt: Der

Wachsendes
Misstrauen der
Bürger

Wirkungsraum der Wirtschaft wurde stetig erweitert, während die Politik an Gestaltungskraft verliert. Offensichtlich haben die politischen Institutionen an Legitimierung und Handlungsspielraum verloren.

Zögern der politischen Eliten

Keine
überzeugenden
Antworten

Bislang fällt es den politischen Eliten jedoch schwer, sich auf diese neuen Herausforderungen einzustellen, obwohl das der Schlüssel für eine zukunftsfähige und gesellschaftlich breit akzeptierte Politik ist. Beides – die Qualität der Demokratie und der Konsens in der Gesellschaft – stehen in einem Zusammenhang. Der langjährige sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer verwies deshalb darauf, dass die „Krise der Parteien eine Krise der Politik“ sei.

Immer noch offenbaren nicht wenige Angehörige der politischen Eliten ein an Schumpeter angelehntes Demokratieverständnis. So verkündete bei den Koalitionsverhandlungen 2013 – in die immerhin SPD und CSU mit Forderungen nach mehr direkter Demokratie hineingingen – der Unionsfraktionsvize Günter Krings energisch: „Wir sind gegen solche bundesweiten Volksabstimmungen. Wir werden dem Vorschlag nicht zustimmen. Demzufolge wird die nächste Koalition dies auch nicht einführen“. Wie wir wissen, behielt er Recht.

Bürger als Risikofaktor

Misstrauen
gegenüber dem
Bürger

Besonders im Kontext von zunehmenden Forderungen nach mehr direkter Demokratie und den aktuell im gesellschaftlichen Aufwind befindlichen nationalistisch-rassistisch orientierten Parteien, Bewegungen und Positionen führt dieses tradierte Demokratieverständnis zu gefährlichen politischen Kurzschlussargumentationen. Für weite Teile der politischen Elite ist mehr politische Teilhabe in erster Linie ein Risiko bzw. ein Instrument von Populisten und „Wutbürgern“.

Die Bürger werden häufig als politischer Risikofaktor gesehen, die über zu wenig demokratische Reife verfügen und tunlichst abseits der Wahlen mehr oder weniger zu akzeptieren haben, was die Gewählten kraft Kompetenz, Weisheit oder politischem Kompromiss an Entscheidungen produzieren.

Bis heute ist in Deutschland die direkte Entscheidung der Bürger laut Grundgesetz nur vorgesehen, wenn Ländergrenzen neu gezogen werden sollen. Letztmals wurden 1996 Brandenburger und Berliner gefragt, ob sie einer Fusion ihrer Länder zustimmen. Die Berliner wollten, die Brandenburger nicht. Dieses Ereignis wird gern als Beleg für die „Unvernunft des Volkes“ zitiert, wenn es um mehr direkte Demokratie geht.

Politik in Deutschland hat lange Zeit in einem Schumpeterschen Kosmos vordergründig gut funktioniert. Sie hat aktuell viele soziale und ökologische Herausforderungen nicht wirklich bewältigt, aber das politische System über viele Jahre stabil gehalten. Vielleicht ist es so erklärbar, dass selbst ausgewiesene Partizipationsexperten – z. B. das an der Universität Stuttgart entstandene DIALOGIK Institut – ernsthaft und unwidersprochen Argumente formulieren, die nach wie vor eine tief sitzende Furcht vor dem politisch nicht kontrollierbaren Bürger offenbaren: „Viel Beteiligung kann auch Zeichen einer gedankenlosen Massenmobilisierung sein.“ (Vetter/ Ulmer 2013)

Furcht vor „zu viel“
Beteiligung

Dieser Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen der Sehnsucht nach mehr Akzeptanz und der Sorge vor dem „Wutbürger“, prägt den aktuellen Umgang mit Optionen zur Revitalisierung unserer demokratischen Kultur. Immer wieder wird seitens der politischen Klasse einerseits Wahl- und Demokratiemüdigkeit der Bürger beklagt, zugleich wird den Forderungen nach mehr Partizipation und direkter Demokratie mit großer Skepsis bis deutlicher Ablehnung begegnet. Regelmäßig finden sich interessante Ansätze in Wahlprogrammen, in Regierungsprogramme oder gar gesetzliche Maßnahmen schaffen sie es jedoch nicht.

Zögerliche
Umsetzung

Vom Ob zum Wie

Dabei ist diese Debatte längst müßig. Es geht nicht mehr um die theoretische Frage, ob die politischen Eliten einer politisch je nach Sichtweise mehr oder weniger mündigen Bürgerschaft mehr Teilhabe bieten wollen. Viele Beispiele der letzten Jahre zeigen, dass es für die Legitimierung von Großprojekten nicht ausreicht, wenn mit Mehrheit gewählte Volksvertreter in den staatlichen Gremien mehrheitlich Beschlüsse fassen. Wachsende Teile der Bevölkerung wollen beteiligt sein und nicht nur vermeintlich alternativlosen Sachzwängen zustimmen müssen. Sie wollen von Anfang an die Möglichkeit haben, einbezogen zu werden und alle wichtigen Kosten und Risiken zu kennen.

Positive
Entwicklung auf
kommunaler Ebene

Die Forderung nach mehr Teilhabe wird zunehmend artikuliert und insbesondere dann massiv eingefordert, wenn aufwändige Investitions- und Infrastrukturmaßnahmen im unmittelbaren Lebensumfeld der Bürger anstehen. Die Bürgerbewegung zu Stuttgart 21 war ein erstes Fanal, dem weitere Auseinandersetzungen folgten. Der für die Energiewende benötigte Netzausbau ist ohne kluge, frühzeitige und umfassende Beteiligungsangebote undenkbar geworden. Die Suche nach einem Standort für ein Atommülllager ist erst kürzlich mit einem historisch nicht vergleichbaren umfangreichen Beteiligungskonzept neu gestartet worden. In der Praxis, insbesondere auf kommunaler Ebene, werden zahlreiche partizipative Weiterentwicklungen unserer etablierten repräsentativen Strukturen längst erprobt und häufig auch erfolgreich praktiziert.

Partizipative
Schizophrenie

In den Wahlprogrammen werden sie gefordert. Wenn es aber an die zentralstaatlich verantwortete, gesetzlich verankerte Verstetigung geht, ist jedoch kein wirklicher Fortschritt zu verzeichnen. Diese „partizipative Schizophrenie“ prägt den aktuellen Stand der politischen Kultur in Deutschland ebenso wie das tief sitzende Misstrauen (bis hin zu einer massiven Konkurrenzangst) vieler politisch Verantwortlicher gegenüber der demokratischen Kompetenz der Bürger. Der aktuelle Erfolg nationalistisch-rassistischer Bewegun-

gen im In- und Ausland ist nicht dazu geeignet, diese Sorgen zu zerstreuen.

Dabei sind Letztere eher eine Auswirkung politischer Stagnation als ein Argument für eine Ablehnung neuer Formen. Demokratische Kultur wird nicht vererbt, sie ist nicht in den menschlichen Genen verankert, fällt nicht vom Himmel und ist kein Naturgesetz. Demokratie will täglich neu erarbeitet, eingeübt, verteidigt, aber auch weiterentwickelt werden. Demokratie ist lehr- und lernbar und muss auch in jeder Generation aufs Neue gewagt und gefestigt werden.

Der kooperative Staat

Dazu braucht es einen „kooperativen Staat“, der politisches Handeln stärker an kommunikativ ausgehandelte Regelungen statt an klassische Formen hierarchischer Steuerungen bindet“ (Zürn 2008). Denn „ohne die Wiederbelebung des Politischen wird es nicht möglich sein, aus den verzweigten Sackgassen herauszukommen“ (Scheer 1995, S. 191). Das Ziel ist eine Revitalisierung der Politik und der Demokratie.

Bereitschaft zu
Engagement

Mehr und direkte Beteiligung sind dafür ein wichtiger Beitrag. Eine Studie der Universität Dortmund kommt zu dem Ergebnis, dass in der Bürgerbeteiligung „die zentralen Elemente des republikanischen Identitätsmusters – Gemeinsamkeit und Bürgertugend“ – noch immer den stärksten Stellenwert haben. Die Bereitschaft, sich in öffentliche Angelegenheiten einzumischen und sich für das Wohlergehen der Gemeinschaft einzusetzen, ist noch immer das wichtigste Anliegen im Selbstverständnis der Beteiligten (Vogt 2005, S. 263). Das fördere die Bürgerbeteiligung – nicht gegen die repräsentative Demokratie, sondern zu ihrer Stärkung.

Gemeinsam Demokratie lernen

Die Entwicklung zeigt: Wer Demokratie auf Wahlen reduziert, überantwortet sie einer schleichenden Auszehrung. Demokratie lebt von Vielfalt, Meinungsstreit und unbequemen, schmerzhaften,

langwierigen, oft sogar ineffizienten Diskursprozessen. Sehen wir Beteiligungsprozesse, direktdemokratische Entscheidungen, Kampagnen, Diskussionen, Debatten deshalb nicht als nötiges Übel, sondern als gemeinsames demokratisches Training.

Internationale
Erfahrungen

Für die „Erhaltung und Wiedererlangung von Zukunftsfähigkeit“ (Kreibich 2002, S. 20) ist eine aktive Bürgergesellschaft eine wichtige Bedingung. Je mehr, umfassender und emphatischer unsere Demokratie „trainiert“, desto mehr Vertrauen können die politischen Eliten in die Demokratiekompetenz ihrer Bürger haben.

Dies ist beileibe kein nationales Thema. So sieht auch der Club of Rome in einer starken „Bürgergesellschaft“ die Voraussetzung, die in vielen Ländern zu beobachtende Schwäche der Demokratie, die zur Ohnmacht von Staat und Politik führen kann, zu beenden und die demokratische Willensbildung zu stärken (King/Bertrand 1991).

Die Dialektik der Partizipation

Repräsentative Demokratie und Partizipation (wie direktdemokratische Strukturen und Bürgerbeteiligung) erscheinen vielen nach wie vor als Gegensätze. Sie fürchten, mehr Partizipation könnte sich delegitimierend auf unsere repräsentativen Institutionen auswirken.

Direkte
Demokratie stärkt
repräsentative
Strukturen

Zweifellos gibt es diese Widersprüche, doch sind sie dialektischer Natur. Repräsentative und partizipative Strukturen fordern sich gegenseitig heraus, fördern sich aber auch. Sie müssen als Ergänzung gesehen werden. Die direkte Demokratie stärkt das repräsentative System. Und die repräsentative Demokratie schafft den Raum für demokratische Beteiligung. Erst eine konsequente Durchdringung unserer repräsentativen Strukturen mit dem Geist der Partizipation sorgt dafür, dass deren Ergebnisse besser und für die Bürger akzeptierbarer werden.

In der entschlossenen Öffnung der Gesellschaft für mehr politische Teilhabe liegt die Chance, verengte Sichtweisen und organisations-

egoistische Interessen zu überwinden sowie die Phantasie und den Sachverstand der Menschen für konstruktive Lösungen zu nutzen. Es geht um eine Erweiterung, nicht um den Ersatz parlamentarischer Rechte und Prinzipien.

Mehr Bürgerbeteiligung kann sicherstellen, dass der deutsche Bundestag der zentrale Ort gesellschaftlicher Debatten und der Partizipation bleibt, wieder an Akzeptanz gewinnt und damit Gemeinwohlziele im Zentrum der Entscheidungsprozesse bleiben. Gerade Abwägungsentscheidungen, die nicht für alle Betroffenen ein optimales Ergebnis präsentieren, brauchen den Entscheidungsmut repräsentativer Institutionen.

Partizipativer
Wertekanon

Sie brauchen aber auch eine politische Kultur, die gelernt hat, mit solchen Interessengegensätzen partizipativ, wertschätzend aber am Ende eben auch tolerant umzugehen.

Eine moderne, auf politische Teilhabe orientierende Demokratie ist allerdings ohne einen gewissen Wertewandel nicht vorstellbar. Zu diesem neuen, partizipativen Wertekanon gehören u. a. die gesellschaftliche Übereinkunft, dass

- in modernen Demokratien Menschen mit unterschiedlichem Wertekanon gemeinsam leben und entscheiden,
- politische Probleme von verschiedenen Seiten aus beurteilt werden können und es nur selten eine objektiv erkennbare bestmögliche Entscheidung gibt,
- gesellschaftliche Probleme häufig komplexer sind als früher und Problemlösungen dementsprechend schwieriger geworden sind,
- Entscheidungen stets in einem historischen Kontext getroffen werden und sich schon wenige Generationen oder Jahre später als falsch oder nicht zukunftsfähig erweisen können.

Repräsentative und partizipative Strukturen können gemeinsam wirken, wenn sie auf diesem Wertekanon aufbauen. Denn erst in der Synthese zwischen repräsentativen und partizipativen Prozes-

sen gedeihen Grundlagen und Durchsetzungsfähigkeit nachhaltiger, zukunftsgestaltender Entscheidungen.

Die gesellschaftlichen Transformationsprozesse, die uns in den kommenden Generationen unausweichlich herausfordern werden, sind letztlich ohne eine gelingende Synthese, ohne eine neue, partizipative Demokratie nicht denkbar. Also: Mehr Demokratie wagen.

Literatur

- Berger, Johannes (1986): Die Moderne- Kontinuitäten und Zäsuren. In: Soziale Welt. Sonderband 4. Göttingen.
- Bertelsmann-Stiftung (2016): Transformation Index BTI 2016. Political Management in International Comparison.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main.
- Dahrendorf, Ralf (2002): Die Krisen der Demokratie.
- Habermas, Jürgen (1998): Die postnationale Konstellation. Frankfurt am Main.
- Hobsbawm, Eric (1995): Zeitalter der Extreme. München.
- King, Alexander/Bertrand Schneider (1991): The first globale Revolution. Deutsche Fassung 1996. Stuttgart.
- Kleinert, Hubert (2012): Krise der repräsentativen Demokratie?. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 2012.
- Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe: Abschlussbericht, Berlin, 2016.
- Koolhaas, Rem/Bruce Mau (1995): S, M, L, XL. New York.
- Kreibich, Rolf (2002): Herausforderungen der Bürgergesellschaft. Berlin.
- Merkel, Wolfgang et al. (2003): Defekte Demokratie. Wiesbaden.
- Meyer, Thomas (2001): Mediokratie. Frankfurt am Main.
- Scheer, Hermann (1995): Zurück zur Politik. München.
- Schumpeter, Joseph A. (1950): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie.
- Skinner, Quentin (1998): Liberty before Liberalism. Cambridge.
- Touraine, Alain (1972): La Production de la Société. Paris.
- Vetter, Angelika/Ulmer, Frank (2013): Bürgerbeteiligung und Demokratie. Ein Überblick.
- Vogt, Ludgera (2005): Das Kapital der Bürger. Frankfurt am Main.
- Zürn, Michael (2008) Governance in einer sich wandelnden Welt. Wiesbaden.